

Branchen | Dänemark | Kraftfahrzeuge

08.05.2020

Mehr Anreize für grünen Transport

Zusätzliche Mittel sollen Dänemark dem Ziel vom umweltneutralen Bustransport bis 2030 näher bringen. Auf der Großen-Belt-Querung gibt es ebenfalls Öko-Rabatt.

Von Michał Woźniak | Stockholm

Ende April 2020 entschied eine überparteiliche Mehrheit im dänischen Parlament über die Verwendung von über 9 Millionen Euro, die im diesjährigen Haushalt für grünen Transport vorgesehen sind. Sie sollen dem überregionalen sowie dem Busverkehr auf Inseln zugutekommen.

Entsprechende Verträge sollen mit den Regionen unterzeichnet werden. Das Geld soll für den Fahrzeugkauf sowie zur Deckung der mit der Nutzung der umweltfreundlichen Fahrzeuge verbundenen Mehrkosten bereitstehen.

„Die Regionen haben die größten Herausforderungen in Bezug auf die Umstellung auf umweltfreundliche Busverbindungen zu bewältigen und verfügen zugleich über die wenigsten Investitionsmittel für öffentliche Verkehrsmittel“, erklärte Henning Hyllested, Mitglied des Transportausschusses im Parlament. Anfang des Jahres wurden etwa 10 Prozent der knapp 3.500 öffentlichen Busse in Dänemark mit Strom, Biogas oder Biodiesel angetrieben.

Neue Rabattordnung auf der Beltbrücke

Um einen breiteren Einsatz umweltfreundlicher Antriebe im Nutzfahrzeugverkehr zu fördern, werden zudem die Firmenrabatte auf der Großen-Belt-Querung neu gestaffelt. Ab 1. Oktober 2020 wird der Mengenrabatt, der je nach Nutzungshäufigkeit angerechnet wurde, abgeschafft. Ab dann gilt ein einheitlicher Rabatt von 13 Prozent für alle Fahrzeuge, die mindestens die Euro VI-Abgasnorm erfüllen.

Dieser Inhalt ist relevant für:

Dänemark
Fahrzeuge, übergreifend
Branchen

Kontakt

Edda vom Dorp

Wirtschaftsexpertin

 +49 228 24 993 303

 [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

MEHR ANREIZE FÜR GRÜNEN TRANSPORT

© 2020 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.